

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Innere Verwaltung
Abteilung Staatsbürgerschaft und Wahlen
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages von
Niederösterreich

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 06.11.2015

zu Ltg. -670/V-3/21-2015

-Ausschuss

Beilagen
IVW2-K-A-18082/008-2015 2
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.ivw2staatsbuergerschaft@noel.gv.at
Fax: 02742/9005-12777 Internet: <http://www.noel.gv.at>
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug	BearbeiterIn	(0 2742) 9005 Durchwahl	Datum
Ltg.-670/V-3/21-2015	Mag. Doris Schulz	15610	3. November 2015

Betrifft
Resolutionsantrag der Abgeordneten Mag. Karner und Dr. Petrovic betreffend Radetzky-Kaserne Horn; Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten Mag. Karner und Dr. Petrovic haben mit Resolutionsantrag vom 17. Juni 2015 beantragt, dass die NÖ Landesregierung bei der Bundesregierung und im eigenen Bereich daraufhin wirken solle, dass unter Bezug auf die Vorgaben des Kommunalgipfels in der Radetzky-Kaserne in Horn keine Flüchtlinge untergebracht werden. Bei einem Kommunalgipfel hätten sich die Gemeindevertreterverbände und der Städtebund darüber verständigt, dass in einer Gemeinde zur Wohnbevölkerung maximal 2 Prozent an Flüchtlingen untergebracht würden. In der Stadtgemeinde Horn seien zuletzt im Stephansheim mehr als 100 und in zusätzlichen Kleinquartieren weitere Flüchtlinge aufgenommen worden. Damit erreiche die Stadtgemeinde Horn die Vorgaben des Kommunalgipfels und sei von einer Nutzung der Radetzky-Kaserne jedenfalls abzusehen.

Dem Resolutionsantrag entsprechend erging ein Schreiben an das Bundeskanzleramt, in dem auf die Tatsache hingewiesen wurde, dass die Stadtgemeinde Horn bei der Unterbringung von Flüchtlingen ihren Verpflichtungen bereits ausreichend nachkomme und im Verhältnis zur Einwohnerzahl bereits 2 Prozent an Flüchtlingen unterbringe. Eine darüber hinausgehende Unterbringung von Flüchtlingen in der Radetzky - Kaserne würde eine unverhältnismäßige Überbelastung der Stadtgemeinde Horn im Vergleich mit anderen Städten oder Gemeinden bedeuten. Die Bundesregierung wurde daher im Sinne der

Resolution der Abgeordneten des NÖ Landtages ersucht, von einer allfälligen Nutzung der Radetzky-Kaserne in Horn als Flüchtlingsquartier jedenfalls Abstand zu nehmen.

Mit Schreiben vom 28. August 2015 wurde dazu vom Bundeskanzleramt mitgeteilt, dass das gegenständliche Ersuchen der NÖ Landesregierung vom Ministerrat in seiner Sitzung am 25. August 2015 behandelt worden sei. Die Bundesregierung habe eine koordinierende „Task Force“ zur raschen Errichtung von Notquartieren eingerichtet. Primär würde die Bereitstellung von Quartieren aber weiterhin vor Ort im Zusammenwirken mit den Gemeinden und Ländern erfolgen. Dabei sei zur Unterstützung der Bundesregierung Dr. Christian Konrad als Flüchtlingskoordinator eingesetzt worden.

Bei einem zuletzt stattgefundenen Vernetzungstreffen am 12. Oktober 2015 zwischen Vertretern der Länder, des Bundes und des Bundesflüchtlingskoordinators wurde von diesem nochmals bekräftigt, dass das Durchgriffsrecht des Bundes grundsätzlich nur in Absprache mit dem betroffenen Bundesland bzw der betroffenen Gemeinde erfolgen werde.

Bezug nehmend auf die Forderung für eine gerechte Aufteilung der Asylwerber in Niederösterreich zu sorgen, wird mitgeteilt, dass seit Jahren eine möglichst gleichmäßige Aufteilung der Fremden als eines der wesentlichen Ziele im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von hilfs- und schutzbedürftigen Menschen angestrebt wird. Eine bessere Verteilung wurde nicht zuletzt dadurch erreicht, als man bei der Schaffung neuer Quartiersplätze neben größeren Quartieren auch kleinere Wohneinheiten bevorzugt hat. Dadurch soll die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Fremden gesteigert und somit das Zusammenleben in den Gemeinden verbessert werden. Allein in den letzten 6 Wochen ist es gelungen weitere 2.000 neue Grundversorgungsplätze in Niederösterreich zu schaffen, womit ein wichtiger Beitrag zur Entlastung von Traiskirchen und Quotenerfüllung von Niederösterreich geleistet wurde.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung

Ing. A n d r o s c h

Landesrat



Dieses Schriftstück wurde amtssigniert.
Hinweise finden Sie unter:
www.noel.gv.at/amtssignatur